



Eine neue Zeit braucht eine neue Politik

Gemeinsam mit über 150 Entscheidungsträgern aus der nordrheinwestfälischen Sozialdemokratie habe ich in einer Erklärung meine Ablehnung einer Neuauflage der Großen Koalition bekräftigt. Zu den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern gehören Abgeordnete, Mitglieder des SPD Landesvorstandes, Kommunalpolitiker und Mandats- und Funktionsträgerinnen aus aller Ebenen sowie acht Vorsitzende der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften, Gewerkschafter und Mitglieder von Wohlfahrtsverbänden.

[Zur Erklärung ...](#)

Studiengebühren: Studium muss gebührenfrei bleiben



Gebührenfreie Bildung hat sich in Nordrhein-Westfalen aus vielen sozialen und auch ökonomischen Gründen bewährt. In ihrem Koalitionsvertrag kündigten CDU und FDP trotzdem an, Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einführen zu wollen. Die SPD-Fraktion hat nun ein Gebührenfreiheitsgesetz in den Landtag eingebracht. Für uns ist klar: Bildung muss gesetzlich gebührenfrei bleiben. Eine Anhörung bestätigte die SPD-Position: Keiner der Sachverständigen sprach sich für ein Gebührenmodell à la Schwarz-Gelb aus. Als Reaktion auf die Kritik hat die Mitte-Rechts-Koalition das Projekt Gebühreneinführung vorerst gestoppt. Baden-Württemberg, das bereits Studiengebühren für Nicht-EU-

Ausländer erhebt, dient der Landesregierung als Vorbild, entpuppt sich in der Realität jedoch als Menetekel: Die Studierendenzahlen sinken und die Mehreinnahmen bleiben weit hinter den Erwartungen zurück.

(Drucksache [17/85](#))

Lehrerbesoldung: Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit



Für die SPD bedeutet Wertschätzung und Anerkennung der Lehrerinnen und Lehrer auch deren gleiche Besoldung. Das würde die Attraktivität des Lehrberufs steigern und wäre ein wichtiger Beitrag zur Beseitigung des Lehrermangels in NRW. Obwohl Studium und Vorbereitungsdienst (Referendariat) gleich lang sind, werden Lehrerinnen und Lehrer je nach Schulform nach wie vor unterschiedlich besoldet. Die SPD-Fraktion fordert, das Einstiegsamt für Lehrerinnen und Lehrer jeder Schulform anzuheben. Damit sind alle Schulformen (Grundschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Hauptschulen, Förderschulen und Gymnasien) gemeint.

Den Versprechungen der Mitte-Rechts-Koalition zur Anpassung der Lehrerbesoldung, sind im kürzlich verabschiedeten Haushalt keinerlei Taten gefolgt.

(Drucksache [17/1817](#))

Kultur in NRW: Theater und Orchester brauchen Sicherheit



Im Jahr 2013 haben die damalige rot-grüne Landesregierung und die theater- und orchestertragenden Städte ein wichtiges Signal für den Erhalt der in den Kommunen vorhandenen Bühnen gesetzt. Die Landesförderung der kommunalen Theater und Orchester wurde seinerzeit um 23 Prozent pro Jahr erhöht (von 14,5 auf 19 Millionen Euro). Theater und Orchester werden in NRW größtenteils durch Städte und Gemeinden finanziert. Die angespannte finanzielle Situation vieler Kommunen macht es allerdings seit vielen Jahren immer schwieriger, die finanziellen Mittel zur Bewahrung dieses kulturellen Angebots sicherzustellen.

Die Theater und Orchester benötigen aufgrund gestiegener Betriebskosten zusätzliche finanzielle Mittel. Die schwarz-gelbe Landesregierung darf sich auf den Erfolgen der Vorgängerregierung nicht ausruhen und muss den Pakt weiterentwickeln.

(Drucksache [17/1992](#))

Aktuelle Stunde: Ministerpräsident scheitert in Brüssel, Belgien hält an Atomkraft fest

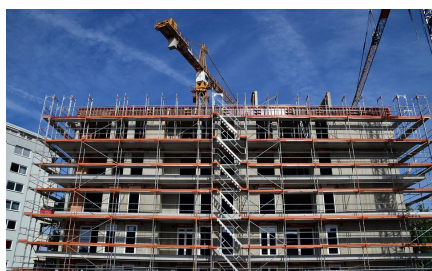


Mit Stromlieferungen aus Nordrhein-Westfalen wollte die schwarz-gelbe Landesregierung die Abschaltung des umstrittenen belgischen Pannenreaktors Tihange vorantreiben. Ministerpräsident Laschet nahm angeblich schon im vergangenen Jahr darüber Verhandlungen mit der belgischen Regierung auf. Die neuerliche Belgien-Visite des Ministerpräsidenten offenbarte: Es sind keine Leitungen vorhanden, um genügend Strom zu liefern, es wurden keine Gespräche geführt, aber schon mal angekündigt - und von belgischer Seite besteht keine Bereitschaft mit dem NRW-Ministerpräsidenten zu verhandeln. Die Landesregierung

muss dazu auf Antrag der SPD-Fraktion in einer aktuellen Stunde des Landtags Stellung beziehen.

(Drucksache [17/2028](#))

Landtag beschließt Grundstücksverkauf: An der Grafenberger Allee entstehen 40 bezahlbare Wohnungen



Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags hat im Januar nach Paragraph 15 Absatz 3 des Haushaltsgesetzes dem Verkauf des Grundstücks an der Grafenberger Allee 114 zugestimmt. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir in der SPD-geführten Koalition die Möglichkeit geschaffen, bei der Veräußerung von Grundstücken des Landes den Käufer zu verpflichten, mindestens in Teilen bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Die beiden Bürogebäude an der Grafenberger Allee in Flingern sollen nun abgerissen werden. In zwei Gebäudekomplexen beziehungsweise auf 40 Prozent der Bruttogrundfläche

entsteht geförderter Wohnraum, der mindestens 25 Jahre ab Bezugsfertigkeit entsprechend genutzt werden muss.

Fotonachweis:

Europa: Urheber: Julien Eichinger - www.fotolia.com

Verdienstabrechnung: Urheber: Stockfotos-MG - www.fotoila.com

Kultur: Urheber: stokkete - www.fotolia.com

Atomkraftwerk Tihange: Urheber: rcfotostock - www.fotolia.com

Studiengebühren: Urheber: Sinuswelle - www.fotolia.com

Besuchen Sie mich auch hier: 

v.i.s.d.p: Markus Herbert Weske MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
www.weske.nrw facebook: Markus Herbert Weske MdL